

Klassiker ■ Lenin

Schritte zum Sozialismus

Ende September 1917 untersuchte Lenin, wie der gesellschaftliche Zusammenbruch in Russland verhindert werden konnte

Ein halbes Jahr Revolution (gemeint ist die Februarrevolution, jW) ist vergangen. Die Katastrophe ist noch näher herangerückt. (...) Wir nähern uns immer rascher dem Zusammenbruch, denn der Krieg wartet nicht, und die durch ihn hervorgerufene Zerrüttung aller Gebiete des Volkslebens verschärft sich immer mehr.

Dabei genügt ein ganz klein wenig Aufmerksamkeit und Nachdenken, um sich davon zu überzeugen, dass Mittel zur Bekämpfung der Katastrophe und des Hungers vorhanden sind, dass die Kampfmaßnahmen völlig klar und einfach, voll durchführbar, den Volkskräften durchaus angemessen sind und dass diese Maßnahmen nur deshalb, ausschließlich deshalb nicht getroffen werden, weil ihre Verwirklichung die unerhörten Profite eines kleinen Häufleins von Gutsbesitzern und Kapitalisten beeinträchtigen würde. (...)

Diese Maßnahme ist: Kontrolle, Aufsicht, Rechnungsführung, Regulierung durch den Staat, richtige Verteilung der Arbeitskräfte in Produktion und Distribution, Haushalten mit den Kräften des Volkes, Vermeidung jedes überflüssigen Kraftaufwands, sparsames Umgehen mit den Kräften. Kontrolle, Aufsicht, Rechnungsführung – das ist das Entscheidende im Kampf gegen die Katastrophe und gegen die Hungersnot. Das wird nicht bestritten und ist allgemein anerkannt. Aber gerade das ist es, was nicht getan wird aus Angst, die Allmacht der Gutsbesitzer und Kapitalisten, ihre maßlosen, unerhörten, skandalösen Profite anzutasten, Profite, die infolge der Teuerung und durch Heereslieferungen (für den Krieg aber »arbeiten« jetzt direkt oder indirekt beinahe alle) eingeheimst werden, Profite, von denen jeder weiß, die jeder beobachtet, über die alle zetern. (...)

Diese wichtigsten Maßnahmen sind:

1. Vereinigung aller Banken zu einer einzigen Bank und staatliche Kontrolle über ihre Operationen oder Nationalisierung der Banken. 2. Nationalisierung der Syndikate, d. h. der größten, der monopolistischen Verbände der Kapitalisten (Zucker-, Erdöl-, Kohlen-, Hütten syndikat usw.).



Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD) zu Besuch beim von der Bundeswehr angeführten NATO-Bataillon auf dem Militärstützpunkt im litauischen Rukla (2.3.2017)

3. Aufhebung des Geschäftsgeheimnisses. 4. Zwangssyndizierung (d. h. Zwangsvereinigung in Verbänden) der Industriellen, Kaufleute und Unternehmer überhaupt. 5. Zwangsvereinigung der Bevölkerung in Konsumgenossenschaften oder Förderung einer solchen Vereinigung und Kontrolle über sie. (...)

Das bisher Dargelegte kann bei einem Leser, der in den landläufigen opportunistischen Gedankengängen der Sozialrevolutionäre und Menschewiki erzogen ist, leicht den folgenden Einwand hervorrufen: Die meisten der hier geschilderten Maßnahmen sind im Grunde keine demokratischen, sie sind bereits sozialistische Maßnahmen!

Dieser weitverbreitete Einwand, gang und gäbe in der bürgerlichen, sozialrevolutionären und menschowistischen Presse (in der einen oder anderen Form), ist eine reaktionäre Verteidigung des rückständigen Kapitalismus (...). Wir seien noch nicht reif für den Sozialismus, es sei verfrüht, den Sozialismus »einzuführen«,

unsere Revolution sei eine bürgerliche – also müsse man Knecht der Bourgeoisie sein (obwohl die großen bürgerlichen Revolutionäre Frankreichs vor 125 Jahren ihre Revolution durch die Anwendung des Terrors gegen alle Unterdrücker, Gutsbesitzer wie Kapitalisten, zu einer großen gemacht haben!).

Die der Bourgeoisie gegenüber so dienstbeflissenen Jammermarxisten (...) begreifen nicht (wenn man die theoretischen Grundlagen ihrer Auffassung betrachtet), was Imperialismus ist, was kapitalistische Monopole sind, was der Staat ist und was revolutionäre Demokratie ist. Denn wer das begriffen hat, wird zugeben müssen, dass man nicht vorwärtsschreiten kann, ohne zum Sozialismus zu schreiten. Vom Imperialismus sprechen alle. Aber der Imperialismus ist nichts anderes als monopolistischer Kapitalismus. (...)

Und was ist der Staat? Das ist die Organisation der herrschenden Klasse, in Deutschland z. B. die der Junker und Kapi-

talisten. Deshalb ist das, was die deutschen Plechanow (Scheidemann, Lensch u. a. – sozialdemokratische Befürworter der »Vaterlandsverteidigung«, jW) »Kriegssozialismus« nennen, in Wirklichkeit staatsmonopolistischer Kriegskapitalismus oder, einfacher und klarer ausgedrückt, ein Militärschutz für die Profite der Kapitalisten.

Nun versuche man einmal, an Stelle des junkerlich-kapitalistischen, an Stelle des gutsbesitzerlich-kapitalistischen Staates den revolutionär-demokratischen Staat zu setzen, d. h. einen Staat, der in revolutionärer Weise alle Privilegien abschafft, der sich nicht davor fürchtet, auf revolutionärem Wege den Demokratismus voll und ganz zu verwirklichen. Man wird sehen, dass der staatsmonopolistische Kapitalismus in einem wirklich revolutionär-demokratischen Staate unweigerlich, unvermeidlich einen Schritt, ja mehrere Schritte zum Sozialismus hin bedeutet!

Wladimir Iljitsch Lenin: Die drohende Katastrophe und wie man sie bekämpfen soll. Geschrieben zwischen dem 23. und dem 27. September 1917. Hier zitiert nach: Wladimir Iljitsch Lenin: Werke, Band 25. Dietz Verlag, Berlin 1974, Seiten 331–368

Der Schwarze Kanal ■ Von Arnold Schölzel

Warlords und Wahlen

Am 4. September 2009 befahl der damalige Bundeswehr-Oberst Georg Klein US-Piloten, zwei Tanklastwagen in Nordafghanistan sowie die dort versammelten Menschen zu bombardieren. Das Resultat des Massenmords waren wahrscheinlich etwa 140 Tote. Das geschah gut drei Wochen vor der Bundestagswahl vom 27. September 2009. Mit vereinten Kräften verhinderten Mainstreammedien und Bundesregierung, dass das Massaker oder gar die damals bereits fast acht Jahre andauernde »Landesverteidigung am Hindukusch« im Wahlkampfendspurt eine größere Rolle spielten.

Acht Jahre später wird die Sicherheit der Bundesrepublik immer noch in den afghanischen Bergen geschützt, seit 14 Tagen mit rund 3.000 US-Soldaten mehr. Deren Oberkommandierender, US-Präsident Donald Trump, erklärte dazu, er wolle sich nicht mehr um Staatsaufbau, Demokratie oder ähnlichen Klimbim kümmern, sondern zukünftig allein

»Terroristen« killen. Das besagt: Nach 16 Jahren Krieg passt sich nicht Afghanistan dem Westen an, sondern dieser den von ihm dort hergestellten Verhältnissen. Der US-Oberkommandierende wird Warlord, dem wahlloses Morden Selbstzweck ist. Seine NATO-Spießgesellen, etwa die komplette Parteienriege des Bundestages außer Die Linke, folgen dem. Fünf Tage vor den diesjährigen deutschen Wahlen legte Trump am Dienstag vor der UN-Vollversammlung das dazugehörige Bekenntnis ab: Völkerrecht interessiert nicht, Androhung von Gewalt und Vernichtung ist Politik, Verträge müssen nicht eingehalten werden. Den Worten folgten sofort Taten: Das Abkommen zur Einschränkung des iranischen Atomprogramms ist faktisch tot.

Neu ist die Gangstergesinnung nicht, nur wurde sie noch nie so offenherzig dargelegt. Trumps Erklärung kam daher hierzulande in Mainstreammedien und Politik nicht gut an: So etwas tut man,

redet aber nicht drüber – wie 2009. Wenn also Außenminister Sigmar Gabriel (SPD) »allergrößte Sorge« über Trumps Iran-Politik äußert, dann zitiert das z. B. die FAZ in ihren gedruckten Ausgaben nicht. Kommentator Klaus-Dieter Frankenberger sieht vielmehr als Folge einer Aufkündigung des Atomvertrags mit dem Iran dessen »Nuklearisierung« auf die Welt zukommen. Die, nicht Trumps Politik, »wäre fatal, gefährlich und eine große Torheit«. Teheran hätte demnach Schuld, und den USA droht Frankenberger, sie stünden dann »isoliert da«. Für den FAZ-Außenpolitikchef ist im übrigen Trumps Drohung mit »totaler Zerstörung« Nordkoreas im Kern »eine undiplomatische Bekräftigung von Abschreckung« – eine dankenswerte Klarstellung, was die NATO-Doktrin ist: permanenter Bruch der UN-Charta.

Im übrigen, doziert Nikolas Busse am Freitag in der FAZ, habe die US-Kritik am Atomabkommen »vor allem einen innen-

politischen Hintergrund« – berührt also, heißt das wohl, deutsche Wähler nicht. Das weitaus dringendere Problem bleibe »Irans strategisches Ausgreifen auf die arabische Halbinsel«. Dem sehe Trump allerdings seit seinem Amtsantritt »tatenlos« zu und habe den Nahen Osten »weitgehend den Regionalmächten und Russland überlassen«. US-Rüstungslieferungen an die faschistoiden Golfdiktaturen, Bomben auf Irak und Syrien, rund 30 Jahre Zerstörung der Region unter Führung der USA – ein FAZ-Redakteur lässt das verschwinden wie ein Kaninchen im Zylinder und setzt noch eins drauf: »Wer sich auf die Terrorismusbekämpfung beschränkt, kann nicht erwarten, dass er bei der geopolitischen Neuordnung Arabiens, die in vollem Gange ist, berücksichtigt wird.« Es gibt also Beute, und ein deutscher Redakteur kündigt an, dass die USA leer ausgehen könnten. Nur die Räubermentalität, billigt er richtig zu, ist die gleiche.

Nach 16 Jahren Krieg passt sich nicht Afghanistan dem Westen an, sondern dieser den von ihm dort hergestellten Verhältnissen. Der US-Oberkommandierende wird Warlord, dem wahlloses Morden Selbstzweck ist. Seine NATO-Spießgesellen, etwa die komplette Parteienriege des Bundestages außer der Linken, folgen dem.